

Im Deep-State-Krieg müssen Weltraumraketen zeigen, dass sie Haien nicht schaden

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2024

Von Jo Nova

Es gibt eine Million sinnloser Möglichkeiten, mit denen die Deep State Maschinerie ihre Gegner fesseln kann.

Elon Musk hat Spaß daran, seine Geschichten über bürokratische Verstrickungen zu erzählen, während kleinliche Beamte von ihm verlangen, bei jedem Start Haie, Wale und Robben zu schützen.

Wo sind sie denn geblieben? 24 bis 41 Milliarden Dollar für den „Kampf gegen den Klimawandel“

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2024

Von Jo Nova

Die Weltbank ist der größte multinationale Klimafinanzierungskonzern der Welt. Die Welt steht kurz vor dem Untergang, die Ozeane stehen kurz vor dem Überkochen, aber niemand bei der Weltbank kann erklären, wo die Milliarden Dollar der Mittel zur Rettung der Erde gelandet sind.

Neue Idee für Flatterstrom in USA & UK: Schwungräder – allerdings für eine Million Dollar pro Megawattstunde

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2024

Von Jo Nova

Mein Beileid an die Freunde im Vereinigten Königreich, wo Ed Miliband

oder, schlimmer noch, sein neuer nationaler Stromnetzbetreiber (NESO) glauben, dass man mit Schwungrädern Geld sparen würde, weil das Vereinigte Königreich dann keine Reservekraftwerke mehr unterhalten und nicht mehr so viel Strom importieren müsse.

Milliarden Steuergelder für links-extreme Aktivisten, die den Wählern sagen, was wichtig ist

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2024

Adam Paket, Mitwirkender, 17. Oktober 2024, Daily Caller News Foundation
Die von den Demokraten geleitete Environmental Protection Agency (EPA) hat im August Milliarden von Steuergeldern an ein linkes gemeinnütziges Konsortium ausgezahlt, das mit den Wähler-Mobilisierungs-Bemühungen der Demokraten in Verbindung steht, darunter auch eine von Stacey Abrams in Georgia ansässige Initiative zur Wählermobilisierung.

Demokraten wollen prominente Trump-Anhänger angreifen, allen voran Elon Musk

geschrieben von Andreas Demmig | 4. November 2024



Eireann Van Natta Allgemeiner Aufgabenreporter, 25. Oktober 2024

Vizepräsidentin Kamala Harris behauptet, der ehemalige Präsident Donald Trump werde die Regierung als Waffe gegen seine politischen Gegner einsetzen, doch die Demokraten haben bereits einen von Trumps wichtigsten Unterstützern ins Visier genommen: Elon Musk.

Musks ist zunehmend ins Visier geraten, seit er 2022 Twitter gekauft und begonnen hat, Trump entschieden zu unterstützen. Washingtons Bürokratie und Tausende von Vorschriften ermöglichen es den Beamten, ihn ins Visier zu nehmen, sagten Experten dem Daily Caller.

(VERWANDTE THEMEN: Elon Musk erzielt im Kampf gegen die Zensur wichtige Erfolge)

X hat am Freitag seine Klage gegen Unilever, einen der größten Konsumgüterkonzerne der Welt, zurückgezogen. Reuters berichtete, dass X die Rücknahme der Klagen vor einem Bundesgericht beantragt habe und sich dabei auf eine neue Vereinbarung zwischen den beiden Unternehmen berief.

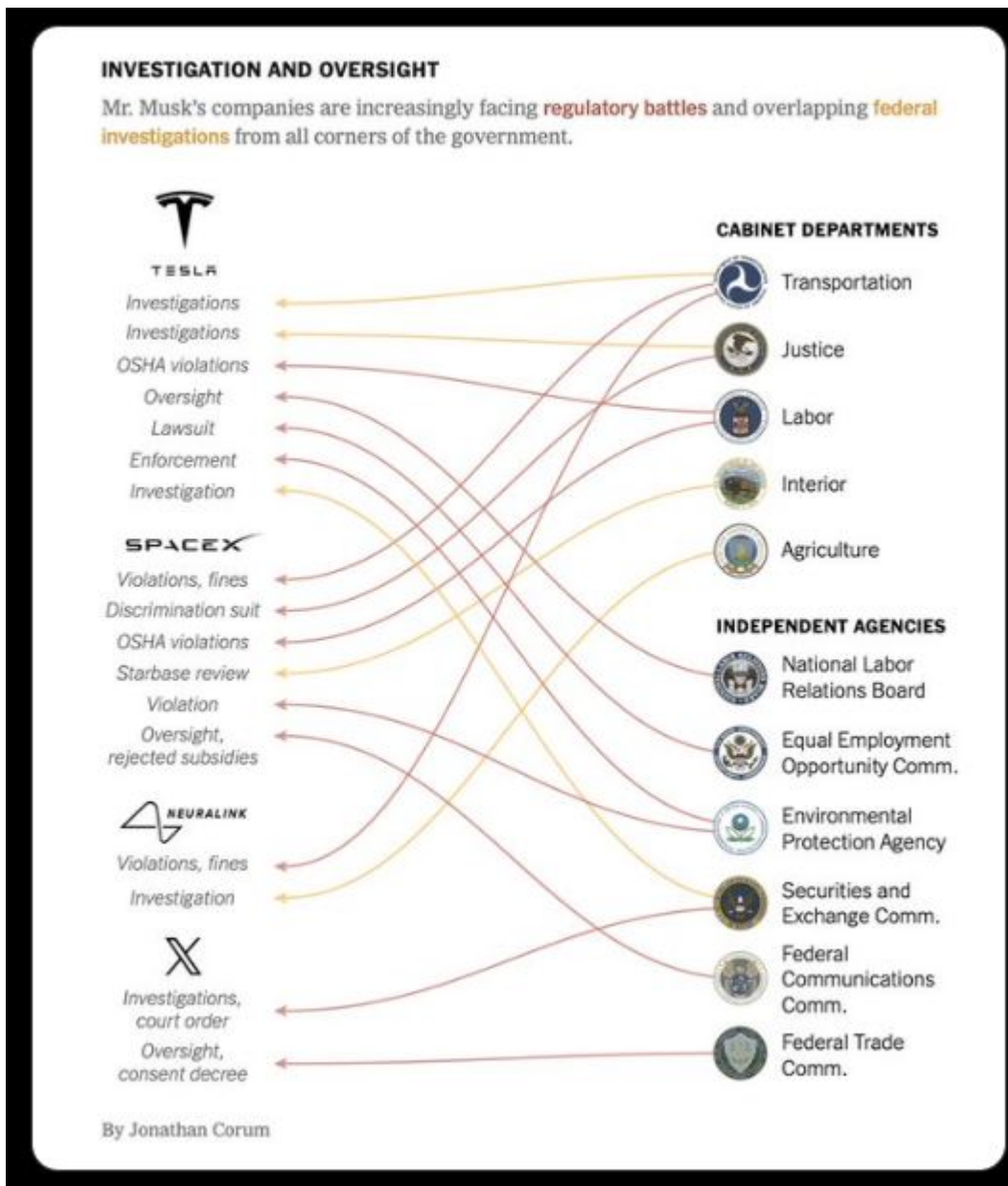
... Wir werden sehen, ob X aufgrund der Vereinbarung bedeutende Änderungen an seinen Verpflichtungen zur freien Meinungsäußerung vornimmt, aber ich bezweifle das. Wahrscheinlicher ist, dass Unilever erkannt hat, dass es nicht in seinem finanziellen Interesse liegt, die Klage abzuwehren und gleichzeitig seine Anzeigen auf einer der größten sozialen Plattformen der Welt zu reduzieren.

Einer ist geschafft, es fehlen noch viele.

„Ich denke, wenn Harris gewinnt, werden sie mehrere strafrechtliche Ermittlungen gegen Elon Musk einleiten“, sagte Brett Tolman, ehemaliger US-Bezirksstaatsanwalt für Utah und Geschäftsführer von Right On Crime, dem Daily Caller. „Das steht außer Frage.“

Musks Unternehmen sind derzeit in zahlreiche Auseinandersetzungen um bundesstaatliche Ermittlungen und Regulierungen verwickelt. Musks Unternehmen Tesla, SpaceX, Neuralink und X sind alle in Ermittlungen und Regulierungsstreitigkeiten mit verschiedenen Behörden verwickelt.

Die New York Times hat ein Diagramm veröffentlicht, das alle Regulierungsstreitigkeiten und Rechtsstreitigkeiten gegen Elon Musk und seine Unternehmen zeigt.



<https://x.com/SawyerMerritt/status/1848250352627294368>

„Seine Unternehmen waren in letzter Zeit Ziel von mindestens 20 Untersuchungen oder Überprüfungen“ pic.twitter.com/xZ86waj3bL

– Sawyer Merritt (@SawyerMerritt) , 21. Oktober 2024

Tolman erklärte, auch andere Länder könnten Musk und sein Unternehmen X (ehemals Twitter) ins Visier nehmen.

„Es gibt Länder, die angedeutet haben, dass sie eine Untersuchung einleiten werden. Ich denke also, dass dies ein entscheidender Moment für Elon Musk ist.“

X wurde kürzlich nach einem monatelangen Streit mit der brasilianischen

Regierung über deren Richtlinien zur Inhaltsmoderation wieder zugelassen. Auch die europäischen Behörden haben angedeutet, dass sie Vergeltungsmaßnahmen gegen Musk ergreifen könnten, weil er die Meinungsfreiheit zu sehr unterstützt.

(VERWANDTE THEMEN: Wichtige demokratische Persönlichkeiten und liberale Organisationen schweigen zum Verbot von Elon Musks X in Brasilien)

... Der EU-Kommissar für Binnenmärkte Thierry Breton schickte Musk am Montag einen Brief, in dem er ihn warnte, dass X während Musks Interview mit dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump die digitalen Meinungsfreiheits- und Desinformationsgesetze der EU einhalten müsse. ...

... Dass während der Biden-Harris-Regierung Bundesbehörden gegen Musks Unternehmen vorgehen, ist kein Einzelfall.

„Es gibt zahllose Beispiele dafür, dass das Justizministerium seine Finger in der Sache hat“, sagte Brett Tolman dem Caller.

Letztes Jahr verklagte das Justizministerium SpaceX wegen angeblicher Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Einstellungsverfahren, wie aus einer Pressemitteilung des Justizministeriums hervorgeht.

(VERWANDTE THEMEN: Biden-Regierung verlässt sich auf Elon Musks Starlink, um das Internet wiederherzustellen, nachdem sie zuvor dessen Bewerbung um die Vergabe abgelehnt hatte)

„Man hat einen drastischen Wandel erlebt, der mit Obama und jetzt Biden begann“, sagte Brett Tolman dem Caller. „Das Ministerium ist im Moment nicht wiederzuerkennen.“

Laut TechCrunch hat das Justizministerium auch den Bau von Musks Haus in Texas ins Visier genommen und im vergangenen September eine Untersuchung eingeleitet.

„Ich habe noch nie zuvor erlebt, dass das Justizministerium so handelt und sich so verhält“, betonte Brett Tolman.

Das US-Justizministerium ist nicht die einzige Behörde, die es auf Elon Musk abgesehen hat – dem Justizausschuss des Repräsentantenhauses zufolge soll auch die Federal Trade Commission (FTC) versucht haben, einen unabhängigen Gutachter dazu zu bewegen, Musks Plattform zu „bestrafen“.

Seit Musk Twitter übernommen hat, hat die FTC laut Rechtsdokumenten aus dem Jahr 2023 16 Mahnschreiben an X Corp geschickt. Das war eine

Steigerung gegenüber den 28 Mahnschreiben, die in den über zehn Jahren vor Musks Übernahme verschickt wurden.

□ WOW □

Joe Bidens FTC wollte, dass Ernst & Young den Twitter-Account von @elonmusk bestraft.

Andernfalls befürchtete Ernst & Young Vergeltungsmaßnahmen der Regierung. pic.twitter.com/alpxx0cL8U

– Justizministerium der Republikaner im Repräsentantenhaus □□□□□□ (@JudiciaryGOP) , 13. Juli 2023

Musk wurde kürzlich von den Demokraten scharf kritisiert, weil er vor dem 5. November jeden Tag Schecks über eine Million Dollar an die Unterzeichner seiner Pro-Verfassungs-Petition verteilte . Die Petition wurde von seinem „America PAC“ zur Unterstützung des Ersten und Zweiten Verfassungszusatzes ins Leben gerufen.

Der Gouverneur von Pennsylvania, Josh Shapiro, droht Elon Musk, weil er registrierten Wählern in Swing States, die die Petition von @America PAC zur Unterstützung der Verfassung unterzeichnen, täglich eine Million US-Dollar spendet .

„Das ist zutiefst besorgniserregend. Die Strafverfolgungsbehörden sollten sich das einmal ansehen.“ pic.twitter.com/LMrAz7xEka

– ALX □□ (@alx) 20. Oktober 2024

Musk erklärte online, dass die Unterzeichner seiner Petition keiner bestimmten politischen Partei angehören müssten. Er fügte hinzu, dass sie nicht einmal wählen müssten, um sich zu qualifizieren.

Gestern hieß es in Berichten von CNN und der New York Times, das Justizministerium habe einen Brief an Musks America PAC geschickt, in dem es warnte, dass die Vergabe eines Schecks über 1 Million Dollar gegen Bundesrecht verstoßen könnte. Der Brief wurde laut CNN angeblich von der Abteilung für öffentliche Integrität des Justizministeriums verschickt, einer Stelle, die sich mit Fragen des Wahlrechts befasst.

„Die Gerechtigkeit sollte ausgeglichen angewandt sein“, sagte Tolman dem Caller. „Das Justizministerium sollte die Gesetze einfach anwenden, egal, wer es ist.“

Ein weiteres Risiko für Musk könnte sich in Form von Vorwürfen der „russischen Einmischung“ zusammenbrauen. Ehemalige und aktuelle Amtsträger in den USA und Europa behaupten, dass Musk seit Ende 2022 „regelmäßigen Kontakt“ mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin habe, heißt es in einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht des Wall Street Journal . Der Artikel weist darauf hin, dass Musks Unternehmen Regierungsaufträge haben und der Milliardär über eine

Sicherheitsfreigabe verfügt.

Vorwürfe von Verbindungen zu Russland wurden in der Vergangenheit schon als Waffe gegen politische Gegner der Demokraten eingesetzt, vor allem gegen Trump. Die Behauptung, es handele sich um eine „russische Kollusion“, erwies sich später als falsch, als Sonderermittler Robert Mueller erklärte, er sehe keine Zusammenarbeit zwischen der russischen Regierung und Trumps Wahlkampfteam.

Vertraute Quellen sagten dem Daily Caller, es gebe zu viele Vorschriften – und diese könnten als Waffe gegen Musk eingesetzt werden.

„[Es gibt] Agenten in Agenturen, Ausschüssen und gesetzgebenden Gremien oder gesetzgebenden Gremien, die innerhalb dieser Agenturen angesiedelt sind“, sagte Tolman dem Caller. „Es ist also ein riesiges Netz geworden – es müssen unglaubliche Veränderungen vorgenommen werden.“

Er fügte hinzu, dass Trump eine Regel eingeführt habe, die vorschreibt, dass Behörden zwei Vorschriften streichen müssen, bevor sie eine neue erlassen, und dass es Bemühungen einiger Amtsträger gegeben habe, unnötige Regierungsvorschriften abzubauen, aber es werde einen Präsidenten brauchen, der außerhalb des Systems stehe, um etwas zu bewegen.

„Es braucht jemanden, der tatsächlich dazu bereit ist. Die Macht der Bürokraten ist real und beträchtlich.“

- *Es gibt 438 Bundesbehörden.*
- *Amerika ist 248 Jahre alt.*

Das bedeutet, dass während der gesamten Existenzdauer des Landes jedes Jahr fast zwei Agenturen gegründet werden.

– Amerika (@america) 17. Oktober 2024

Die staatlichen Vorschriften haben in den vergangenen 150 Jahren dramatisch zugenommen, sagte Troy dem Caller.

„Als Rockefeller sein Monopol aufbaute, gab es keine Regulierungsbehörde oder Vorschriften, die ihn hätten aufhalten können, und jetzt hat die Regierung für so ziemlich alles, was ein Unternehmen tun darf, Vorschriften erlassen“.

Er sagte, dass CEOs die Bundesvorschriften beachten und wissen müssen, wie das Unternehmen gegenüber der Bundesregierung steht. *„Wenn Sie das nicht beachten und nicht auf dem Laufenden bleiben, werden Sie in der heutigen Zeit kein erfolgreicher CEO sein“*, sagte Troy.

Er erklärte, dass die Regierung aufgrund der Vielzahl der Vorschriften nicht über die Ressourcen verfüge, um jede einzelne davon durchzusetzen.

Sie könne jedoch auswählen, welche Gesetze sie durchsetzen und wen sie ins Visier nehmen wolle, was Troy als „selektive Durchsetzung“ bezeichnete.

(VERWANDTE THEMEN: Bidens Regierung brauchte nur acht Monate, um neue Vorschriften für Kosten von 1,2 Billionen Dollar zu erlassen)

Diese selektive Durchsetzung könnte möglicherweise als Blaupause dienen, um andere mächtige Trump-Anhänger ins Visier zu nehmen, sollte er die Wahl verlieren. Musk ist nicht der einzige Mogul aus dem Silicon Valley, der in den letzten Jahren auf Trumps Seite gerückt ist; andere, wie Shaun Maguire von Sequoia Capital, der Milliardär David Sacks aus San Francisco und der Risikokapitalgeber Marc Andreessen, gehören zu den zahlreichen Millionären und Milliardären, die Trump unterstützt haben.

Auch sie könnten mit weiteren regulatorischen Hürden konfrontiert werden, die denen von Musk nicht unähnlich sind.

Troy sagte: „Die Rhetorik der Demokraten, mit der sie Persönlichkeiten wie Musk dämonisieren, stellt sie „vogelfrei“, das heißt dann grünes Licht, um sie ins Visier zu nehmen. Die Rhetorik hochrangiger Politiker der Demokratischen Partei gegen Musk hat den bürokratischen Vollstreckern sehr deutlich gemacht, dass ein Vorgehen gegen Musk kostenlos und möglicherweise lobenswert wäre“.

<https://dailycaller.com/2024/10/25/elon-musk-regulation-kamala-harris-donald-trump-silicon-valley/>

Übersetzt durch Andreas Demmig